

## Inhaltsverzeichnis

A. Einführung.....	1
B. Problemstellung und Untersuchungsgegenstand.....	3
I. Begriffsbestimmungen .....	4
1. Juristische Person.....	4
2. Subjektive Rechte .....	5
II. Problemkreise .....	6
1. Juristische und natürliche Personen .....	7
2. Inländische und ausländische juristische Personen.....	7
3. Juristische Personen des Privatrechts und juristische Personen in öffentlicher Hand .....	8
4. Gegenüberstellung der Referenzsysteme .....	9
a) Gemeinsamkeiten.....	9
b) Unterschiede .....	9
c) Wechselwirkungen.....	9
C. Art. 19 Abs. 3 GG im deutschen Verfassungsrecht.....	11
I. Historische Entwicklung der Grundrechtsberechtigung von juristischen Personen .....	11
1. Fehlende ausdrückliche Verknüpfung von Grundrechten und juristischen Personen in historischen Grundrechtskatalogen .....	11
2. Wege zur ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Grundrechtsberechtigung juristischer Personen.....	13
II. Eingeschränkte Grundrechtsberechtigung aufgrund der Grundrechtsfunktion .....	16
1. Vom Ausgangspunkt der Grundrechte als Abwehr-, Teilhabe-, und Leistungsrechte natürlicher Personen.....	16
2. Eingeschränkte Schutzbedürftigkeit von juristischen Personen gegenüber natürlichen Personen sowie staatliche Beteiligung .....	17
a) Juristische Personen in staatlicher Hand .....	18
b) Argumentationsansätze .....	19
c) Keine Grundrechtsberechtigung für juristische Personen des öffentlichen Rechts und mehrheitlich staatlich beherrschte juristische Personen des Privatrechts .....	21
III. Beschränkung des Anwendungsbereichs von Art. 19 Abs. 3 GG auf inländische juristische Personen .....	22
1. Juristische Person .....	22
2. Inländereigenschaft .....	23
a) Verfassungsrechtliche Wertung .....	23
b) Bestimmung der Inländereigenschaft .....	24
aa) Sitztheorie .....	25

---

bb) Gründungstheorie .....	26
cc) Einfluss- bzw. Kontrolltheorie .....	26
IV. Ausländische juristische Personen .....	27
1. Juristische Personen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat .....	27
a) Allgemeine Grundrechtsberechtigung im Anwendungsbereich des Unionsrechts .....	28
aa) Unionsrechtskonforme Auslegung .....	28
bb) „Anwendungserweiterung“ von Art. 19 Abs. 3 GG .....	29
(1) Unionsrechtskonforme Rechtsfortbildung .....	30
(2) Anwendungsvorrang als Kollisionsregel .....	31
b) Von einem Mitgliedstaat beherrschte, inländische juristische Personen .....	33
aa) Das Konfusionsargument .....	34
bb) Die Nichtanwendbarkeit des Konfusionsarguments bei fremdstaatlicher Beherrschung .....	36
cc) Spezifische Gefährdungssituation und drohende Ungleichbehandlung .....	36
dd) Kritik an der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts .....	36
(1) Schutzmaßnahmen inländischer staatlich beherrschter juristischer Personen .....	37
(2) Bestehende Rechtsschutzmöglichkeiten einer fremdstaatlich beherrschten inländischen juristischen Person .....	40
ee) Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und Übertragung der Grundsätze auf staatlich beherrschte juristische Personen aus einem Mitgliedstaat .....	42
c) Reichweite des Grundrechtsschutzes .....	43
aa) Wortlaut und Staatsangehörigkeit natürlicher Personen .....	44
bb) Beschränkung des Umkehrschlusses auf rein innerstaatliche Sachverhalte .....	46
cc) Gleiches Ergebnis bei Anwendungsvorrang .....	47
d) Juristische Personen aus einem Drittstaat .....	47
aa) Aktuelle Rechtsprechung .....	49
bb) Einschränkung von Art. 19 Abs. 3 GG für Deutschengrundrechte bei Beherrschung durch Drittstaatsangehörige .....	50
e) Anwendbarkeit einzelner Grundrechte auf ausländische juristische Personen über die Art. 101 ff. GG .....	52
f) Subjektive Rechte durch völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland .....	54
aa) Verhältnis von Völkerrecht zu deutschem Verfassungsrecht .....	55
bb) Keine Grundrechtsberechtigung aus völkerrechtlichen Verträgen .....	56
g) Grundrechtsgleiche Rechte, insbesondere Verfahrensgrundrechte .....	56

2. Ausländische juristische Personen nach Ausscheiden eines Mitgliedstaats aus der Europäischen Union .....	57
a) Kein Vertrauenschutz .....	57
b) Übergangslösung .....	58
c) Zukünftige Regelung mit und ohne EU-Abkommen sowie sonstige praktische Lösungsmöglichkeit .....	60
V. Zwischenergebnis .....	61
1. Die Unterscheidung von natürlichen und juristischen Personen .....	61
2. Unterscheidung von inländischen und ausländischen juristischen Personen .....	62
3. Die staatliche Beteiligung an juristischen Personen .....	65
4. Gestuftes Modell der Grundrechtsberechtigung .....	65
D. Schutz ausländischer juristischer Personen durch die EU-Grundfreiheiten und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union .....	67
I. Das allgemeine Diskriminierungsverbot als Ausgangspunkt für die Grundfreiheiten .....	67
1. Der subjektiv-rechtliche Charakter der Grundfreiheiten .....	69
2. Die einzelnen Grundfreiheiten .....	71
a) Niederlassungsfreiheit .....	71
aa) Erforderliche Gründung nach dem Recht eines Mitgliedstaats .....	72
bb) Anwendung der Gründungs- oder Sitztheorie innerhalb der EU .....	73
cc) Wirkungsweise der Niederlassungsfreiheit zugunsten ausländischer juristischer Personen .....	73
dd) Arten der erfassten juristischen Personen .....	75
ee) Kein Schutz bei Ausübung hoheitlicher Tätigkeit .....	76
b) Dienstleistungsfreiheit .....	77
c) Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	77
d) Warenverkehrsfreiheit .....	79
e) Kapitalverkehrsfreiheit .....	80
3. Eigenes Regelungsregime der Grundfreiheiten bei auswärtigen juristischen Personen als Ausdruck des Binnenmarkts .....	81
II. Juristische Personen in der Europäischen Grundrechtecharta .....	82
1. An das Menschsein unmittelbar anknüpfende Grundrechte .....	83
2. Nach dem Wortlaut auf juristische Personen anwendbare Grundrechte, die weiterer Auslegung bedürfen .....	84
3. Juristische Personen aus Drittstaaten .....	90
4. Einschränkungen für juristische Personen mit staatlicher Beteiligung .....	91
a) Beteiligung eines Drittstaats .....	91
b) Beteiligung eines Mitgliedstaats .....	92

---

III. Rechtsdurchsetzung von Grundfreiheiten und EU-Grundrechten .....	94
1. Nichtigkeitsklage .....	95
a) Adressateneigenschaft .....	96
b) Unmittelbare und individuelle Betroffenheit .....	96
c) Rechtsakte mit Verordnungscharakter ohne Durchführungsmaßnahmen .....	98
d) Stellungnahme .....	98
2. Untätigkeitsklage .....	99
a) Beschränkter Klagegegenstand für juristische Personen .....	99
b) Kein Subjektiver Rechtsschutz .....	100
3. Vorabentscheidungsverfahren .....	101
4. Schadensersatz durch Amtshaftungsanspruch .....	103
5. Schutz vor missbräuchlicher Rechtsausübung .....	104
IV. Zwischenergebnis zu den Wertungen im EU-Recht .....	106
V. Gegenüberstellung von EU-Verfassungsrecht und Grundgesetz .....	107
1. Gemeinsamkeiten .....	107
2. Unterschiede .....	108
3. Wechselwirkungen .....	108
a) Grundsätzliches Verhältnis von EU-Grundrechten und Grundrechten des Grundgesetzes .....	108
b) Anwendungserweiterung von Art. 19 Abs. 3 GG durch Grundfreiheiten .....	111
c) Reichweite des Grundrechtsschutzes .....	112
d) Keine Umgehung der fehlenden Grundrechtsberechtigung staatlich beherrschter juristischer Personen durch das Unionsrecht .....	113
e) Übertragung des Ansatzes der wesensmäßigen Anwendung auf die EU-Grundrechtecharta .....	113
E. Schutz subjektiver Rechte ausländischer juristischer Personen in der EMRK .....	116
I. Juristische Personen als Berechtigte in der EMRK .....	116
1. Wortlaut – Unterscheidung von „Mensch“ und „Person“ .....	117
2. Systematik – Beschwerdefähigkeit für „nichtstaatliche Organisationen“ .....	117
3. Einzelne Rechte der EMRK .....	118
a) Nicht auf juristische Personen anwendbare Grundrechte .....	119
b) Auf juristische Personen anwendbare Rechte .....	119
II. Ausländische juristische Personen und die EMRK .....	122
1. Grundsätzliche Geltung der EMRK auch für ausländische juristische Personen .....	122
2. Ausnahmemöglichkeit für politische Tätigkeit .....	123
III. Staatliche Beteiligung an „nichtstaatlichen Organisationen“ .....	124

1. Keine Ausübung von Hoheitsgewalt .....	124
2. Rechtlicher Status und keine Errichtung für öffentlich-administrative Zwecke.....	125
3. Unabhängigkeit .....	126
4. Zwischenergebnis .....	127
IV. Rechtsdurchsetzung.....	127
1. Rechtswegerschöpfung und kein Rechtsmissbrauch .....	128
2. Bisher regelmäßig nur Entschädigung .....	129
V. Gegenüberstellung mit deutschem Verfassungsrecht und EU-Recht.....	129
1. Gemeinsamkeiten.....	129
2. Unterschiede .....	130
3. Wechselwirkungen.....	130
a) Stellung der EMRK im EU-Recht.....	131
aa) Grundrechtsberechtigung juristischer Personen mit staatlicher Beteiligung in der Grundrechtecharta durch Rechte der EMRK.....	131
bb) Anwendungserweiterung der Grundfreiheiten aufgrund von EMRK-Vorgaben zugunsten ausländischer juristischer Personen .....	133
b) Verhältnis von EMRK und deutschem Verfassungsrecht .....	134
F. Ausländische juristische Personen im Investitionsschutzrecht .....	136
I. Entstehung subjektiver Rechte und die Stellung ausländischer juristischer Personen als Investoren in Freihandels- und Investitionsschutzabkommen.....	136
1. Bilaterale Investitionsschutzabkommen .....	138
a) Klassische BITs .....	139
aa) Natürliche und juristische Personen als Investoren .....	140
bb) Inländische und ausländische juristische Personen .....	141
cc) Staatliche oder private Beteiligte .....	143
b) Sonderfall Intra-EU-BITs .....	145
2. Abkommen der EU .....	146
3. Energiecharta-Vertrag .....	149
4. CETA .....	150
a) „Unternehmen“ als „juristische Person“ .....	151
b) Staatszugehörigkeit .....	153
c) Staatliche Beherrschung der juristischen Person .....	153
II. Durchsetzung von subjektiven Rechten ausländischer juristische Personen .....	153
1. Strukturelle Schwächen des diplomatischen Schutzes im internationalen Wirtschaftsrecht .....	153
a) Rechtsunsicherheit beim Ermitteln des zuständigen Staates .....	154

b) Ermessen beim Anspruch auf diplomatischen Schutz .....	157
c) Durchsetzung eines eigenen oder eines staatlichen Anspruchs .....	158
2. Unmittelbarer Rechtsschutz durch Investor-Staat-Schiedsverfahren .....	160
3. Rechtsmissbrauch als Grenze der Ausübung subjektiver Rechte .....	161
a) Briefkastengesellschaften.....	162
b) Langjährige Niederlassungen und Übertragung von Gesellschaftsanteilen .....	163
c) Missbräuchliche Rechtsausübung .....	163
aa) Missbräuchliche Umstrukturierung .....	164
bb) Langjährige Inaktivität und Wiederaufnahme der Geschäfte mit dem Schiedsverfahren .....	166
4. Staatenimmunität als Durchsetzungshindernis .....	168
a) Anerkennung von Schiedssprüchen .....	168
b) Vollstreckung von Schiedssprüchen .....	169
c) Schutz staatlicher Funktionen .....	170
5. Zwischenergebnis und aktuelle Tendenzen im Investitionsschutzrecht .....	171
III. Wertungen im internationalen Investitionsschutzrecht .....	173
IV. Gegenüberstellung mit den Referenzsystemen .....	175
1. Gemeinsamkeiten.....	175
2. Unterschiede .....	176
3. Wechselwirkungen.....	177
a) Spannungsverhältnis mit nationalem Recht .....	177
b) Spannungsverhältnis mit EU-Recht .....	178
aa) Der Micula-Fall .....	179
bb) Die Achmea-Entscheidung .....	179
cc) Auswirkung der Achmea-Entscheidung auf BITs mit Drittstaaten, laufende Intra-EU-BIT-Schiedsverfahren sowie multilaterale Abkommen mit Streitbeilegungsmechanismen .....	182
(1) Laufende Schiedsverfahren .....	184
(2) Multilaterale Abkommen der EU mit eigenem Streitbeilegungsmechanismus ..	185
G. Abschließende Gegenüberstellung der verschiedenen Rechtsordnungen .....	188
I. Gemeinsamkeiten .....	188
1. Erster Problemkreis: Unterscheidung von natürlichen und juristischen Personen ....	188
2. Zweiter Problemkreis: Unterschiedliche Behandlung von inländischen und ausländischen juristischen Personen .....	189
3. Dritter Problemkreis: Auswirkung staatlicher Beteiligung an juristischen Personen.	189
II. Unterschiede zwischen den verschiedenen Rechtsordnungen .....	190

1. Erster Problemkreis: Natürliche und juristische Personen.....	190
2. Zweiter Problemkreis: Inländische und ausländische juristische Personen sowie Abgrenzung gegenüber Drittstaaten .....	191
3. Dritter Problemkreis: Staatliche Beteiligung an juristischen Personen .....	192
III. Wechselwirkungen zwischen den Rechtsordnungen.....	193
1. Erster Problemkreis: Natürliche und Juristische Personen .....	193
2. Problemkreis: Unterschiedliche Behandlung von inländischen und ausländischen juristischen Personen .....	193
3. Dritter Problemkreis: Staatliche Beteiligung an juristischen Personen .....	196
H. Konvergenzen und Ausblick .....	198
I. Zusammenfassung.....	201
Literaturverzeichnis.....	205